

Champion der Aufarbeitung

Wissenschaftler debattierten, ob die DDR-Vergangenheitsbewältigung zur international gültigen Norm taugt

Von Nadja Erb

Vergangenheitsbewältigung „made in Germany“ – gerade die nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes 1989 – gilt international als beispielhaft. Auch wenn die Debatte über einen vermeintlich sensationellen Schießbefehl-Fund kürzlich tagelang die Schlagzeilen bestimmte, auch wenn die frühere Gesinnung heutiger Linkspartei-Funktionäre gern als Argument im politischen Schlagabtausch dient.

Die polnische Politikwissenschaftlerin Dorota Dakowska bringt es auf den Punkt: „Die BRD erscheint anderen postkommunistischen Staaten in Europa als Champion der Aufarbeitung.“ Doch für manche Experten in

Deutschland ist nun der Punkt erreicht, den Sinn der zur Wendezeit errichteten Institutionen neu zu überdenken: allen voran den der Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen (BStU). Wie der Historiker Bernd Faulenbach wollen viele die Trennung der Stasi-Akten von den übrigen Dokumenten des SED-Regimes bald aufheben, und die Archive der BIRTHLER-Behörde noch vor 2019 ins Bundesarchiv überführen.

Ausgleich oder Abrechnung?

„Ich verspreche mir davon eine höhere Professionalität der Forschung“, sagt der Bochumer Geschichtswissenschaftler mit Blick auf die Schießbefehl-Debatte. Die wissenschaftliche Forschung würde er am liebsten in ein Institut für euro-

päische Zeitgeschichte einbetten. Das Wirken der kommunistischen Diktaturen müsse „über den nationalen Rahmen hinaus“ untersucht werden, so Faulenbach.

Um Wege für eine europäische Aufarbeitung der Diktatur-Erfahrungen zu analysieren, waren Faulenbach, Dakowska sowie knapp hundert weitere Wissenschaftler und Praktiker erinnerungskultureller Arbeit am vergangenen Wochenende in Heidelberg zusammengekommen. Auf der Tagung „Reparaturen sämtlicher Systeme“, zu der die Historiker der Universität Heidelberg gemeinsam mit der Berliner Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur geladen hatten, wollten sie untersuchen, was die Deutschen anders gemacht haben als ihre Nachbarn,

und ob ihr Weg zur international gültigen Norm taugt.

Wie unterschiedlich die einzelnen Länder nach der Wende mit ihrer kommunistischen Vergangenheit umgegangen sind, zeigen die verschiedenen Begriffe, die dem (gründlich-deutschen) „Aufarbeitung“ entsprechen. So bedeutet der tschechische Ausdruck in etwa „Ausgleich mit der Vergangenheit“, der polnische „Abrechnung“. Gerade eine solche wollten die Polen nach ihrem Systemwechsel allerdings vermeiden. Die befürchtete Hetzjagd auf Geheimdienstmitarbeiter und Parteifunktionäre sollte verhindert werden. Die Polen schlossen ihre Geheimdienst-Dokumente erstmal weg, erst seit 2001 können sie eingesehen werden.

Inzwischen habe sich jedoch gerade in Polen gezeigt, dass „verschlossene Archive gefährlicher sind als geöffnete“, meint Politikwissenschaftlerin Dakowska. Geheime Listen mit Namen angeblicher Geheimdienst-Mitarbeiter seien immer wieder in diversen politischen Schlammschlachten als Druckmittel eingesetzt worden. Für Dakowska ist klar: „Polen hat seinen Weg der Aufarbeitung noch nicht gefunden.“

Aus Sicht von Faulenbach ist der polnische Weg auch ein Zeichen dafür, dass zu viel Intervention der Politik der Aufarbeitung eher schadet. Der Staat dürfe „nicht alles geschichtspolitisch vorschreiben“. Es müssten Räume bleiben für die Zivilgesellschaft und die unabhängige Forschung.